

// PRESSEINFORMATION //

Sperrfrist: 12:00 Uhr

Schule in Zeiten des Corona-Virus – Forderungen der GEW Rheinland-Pfalz zum Schuljahr 2020/2021

Schulen brauchen klare Orientierung, differenzierte Handlungsoptionen und deutlich mehr Personal

Schulen auf unterschiedliche Situationen vorbereiten und individuelle Gestaltungsräume belassen

Die GEW Rheinland-Pfalz zieht in ihrer heutigen Pressekonferenz ein Resümee aus dem Schulbetrieb der vergangenen Monate und stellt ihre daraus abgeleiteten Forderungen für das neue Schuljahr vor.

„Eines steht fest“, so Klaus-Peter Hammer, Vorsitzender der GEW Rheinland-Pfalz, „um ein möglichst geregeltes Schuljahr 2020/2021 zu gestalten, bedarf es erheblicher Anstrengungen und Vorbereitungen.“ So wünschenswert es für alle wäre, nach den Sommerferien mit einem möglichst „normalen“ Schulbetrieb zu starten, müssen zum jetzigen Zeitpunkt verschiedene Szenarien in den Blick genommen werden. Auch die Möglichkeit, dass aufgrund der Corona-Pandemie weiterhin Fernunterricht organisiert werden muss, sollte weiterhin umfassend beachtet werden. Dabei sind Erfahrungen der letzten Monate einzubeziehen.

Leitprinzip für die Organisation von Unterricht ist das Recht auf Bildung. Zurzeit unterrichten die Schulen in Rheinland-Pfalz im „Notbetrieb“ mit Öffnung für einen Teil der Schülerinnen und

Schüler. Dieses von der Landesregierung und dem Bildungsministerium vorgegebene Setting war in der akuten Krisensituation richtig und notwendig. Für den „Neustart“ nach den Sommerferien müssen jetzt Szenarien in den Blick genommen werden, die diesen „Notbetrieb“ verbessern müssen, falls er erneut notwendig werden sollte. Dies bedeutet unter anderem, dass an den Schulen die digitale Infrastruktur funktionieren muss und alle Unterrichtsfächer unterrichtet werden können. Unabdingbar ist, dass alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, am Bildungsprozess teilzuhaben.

Die Schulen brauchen hierfür Flexibilität und Handlungsfreiheiten vor Ort. Kleinere Lerngruppen haben sich in der Corona-Krise bewährt. Die GEW schlägt vor, den Schulen generell die notwendigen Freiräume zu geben, um kleinere Klassen zu bilden, da dadurch z.B. ein Sicherheitsabstand eingehalten werden kann und zu hohe Raumluftbelastungen vermieden werden können.

Um vielfältige Formen des Unterrichts zu ermöglichen, fordert die GEW bereits frühestmöglich im Schuljahr 2020/2021 die flächendeckende Bereitstellung des Open-Source-Webkonferenzsystems BigBlueButton sowie des Schulcampus Rheinland-Pfalz mit der Bereitstellung einer integrierten Arbeitsumgebung für Lehrende sowie Schülerinnen und Schüler, in welcher die pädagogischen IT-Dienste gebündelt sind. Dazu gehört neben der IT-Schulung der Lehrkräfte die Bereitstellung digitaler Endgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte.

Der von Bildungs- und Gesundheitsministerium aktualisierte verbindliche „Hygieneplan-Corona für die Schulen in Rheinland-Pfalz“ muss dringend vorgelegt werden, damit die Schulen auf dieser Grundlage die Planungen für das nächste Schuljahr durchführen können. Hammer: „Die GEW Rheinland-Pfalz legt großen Wert darauf, dass die Schulen dabei vom Land und den Schulträgern alle notwendigen Unterstützungen bekommen. Wir erwarten vielerorts von Seiten der Schulträger deutlich mehr Engagement und Verantwortungsbewusstsein für ihre Schulen und vom Land die notwendigen Vorgaben und Hilfestellungen zum Gesundheitsschutz. Wir stellen leider allzu häufig fest, dass Schulträger wichtige Schutzausstattungen wie geeignetes Desinfektionsmittel oder ggf. notwendige Plexiglaswände oder auch ausreichend Personal für die erforderlichen Reinigungstätigkeiten nicht zur Verfügung stellen. Und nicht zuletzt bedarf es eines geeigneten Corona-Testkonzepts für die Beschäftigten an Schulen.“

Bei der Personalversorgung sieht die GEW einen Mehrbedarf von vielerorts bis zu 25%, um mehr individuelle Förderung und entsprechende Lerngruppen zu ermöglichen. Außerdem wird ab

Herbst ein erhöhter temporärer Vertretungsbedarf aufgrund von notwendigen Krankmeldungen wegen Infektionskrankheiten, Corona-Verdachtsfällen und Corona-Erkrankungen an einzelnen Schulen entstehen.

„Es wird insgesamt erheblich mehr Personal an Schulen gebraucht werden“, so Hammer wörtlich. „Als erste Schritte fordern wir, das strukturelle Minus für alle Schularten auszusetzen, die Zahl der Planstellen für den Vertretungspool und Einstellungsoptionen für Vertretungslehrkräfte erheblich auszuweiten.“

„Die GEW Rheinland-Pfalz“, so Hammer abschließend, „hat einen Katalog von notwendigen Maßnahmen erarbeitet und stellt diesen heute zur Verfügung. Wie wichtig Bildung für unsere Gesellschaft ist, haben die letzten Monate schmerzlich gezeigt. Wir fordern, dass unsere Schulen die dringende Unterstützung zur Umsetzung ihres Bildungsauftrages für alle Schülerinnen und Schüler seitens des Landes tatsächlich erhalten.“

Mainz, 29.06.2020

Anhang:

Forderungskatalog der GEW-Rheinland-Pfalz im Hinblick auf die Schulöffnungen nach den Sommerferien